

Sorauer Tageblatt

Handwritten signature

Telegr.: Tageblatt Sorau Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Feenpfecher Nummer 22 und 37.

Postfach-Nr. 101
Nr. 954 Berlin NW. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Strom-Nr. 101
bei der Reichsbank



Ercheinungswelle (frei bleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 22. 28. Okt. 1923: In Sorau in den Ausgabestellen 600 000 000 M., ins Haus gebracht 606 000 000 M., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortsteile 601 000 000 M., der weiter gelegenen 602 000 000 M., ins Haus gebracht 6 000 000 M., wozu durch die Post bezogen monatlich: frei bleibend. — Wochentrate, nur in der Geschäftsstelle Sindenstraße 2: 6 000 000 000 M. — Um Falle höherer Gewalt, Vertriebsstörung, Preisveränderung oder Auslieferung hat der Bezogener keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise mal Schlüsselzahl 2 Millionen: Die 9 gepalt. Kolonellzettel für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gehalte und Vgehorte) M. 12, alle anderen Anzeigen M. 12, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gehalte und Vgehorte) M. 16, alle anderen Anzeigen M. 24. Im Reklameteil die 4 gepaltene Kolonellzettel je Millimeterhöhe M. 30, auswärtig M. 60. — Für Anzeigen, durch Feenpfecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach jedem Tarif, nur gültig bei fortwährender Bezahlung; bei späterer Zahlung, bei Kontofakt und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 249

Mittwoch, den 24. Oktober 1923

113. Jahrgang

Das Verbrechen am Rhein.

Frankreich hat England gegenüber bisher jede Absicht abgelehnt, die Rheinlande sich anzueignen. Es hat auch immer und immer wieder die dem separatistischen Geistes reich gewährte Unterstützung in Abrede gestellt. So ist denn auch bei dem Aufbruch in Wachen mit Frankreich als Schutzpatron aufgetreten, dessen kein Hilfsvolk Belgien, das offenbar nicht wieder einmal einen französischen Auftrag vollzieht, ohne an die eigenen Belange zu denken. Offenbar war der Wächener Aufbruch groß angelegt, er sollte das Signal für alle hochverräterlichen Gruppen im Rheinlande zum Vordringen sein, aber dieses Signal hat den erwarteten Erfolg nicht gehabt und nur in Bonn und Mainz und in einigen anderen umliegenden Städten ein Echo gefunden. Wir halten die Lage für zu ernst, um irgendwelchen Vermissen aus der Sicht zu bringen und müssen sogar annehmen, daß sich die „Rube“, mit der man an Berliner Regierungskreisen die Vorgänge am Rhein betrachtet, befehllich genug erweist. Wir nehmen aber die Pariser Stimmungslegung, die nach einem anfänglichen Freudentaumel von einer Ernüchterung zu melden wissen, als einen erfreulichen Beweis dafür, daß der Aufbruch in Wachen trotz seiner scheinbar glänzenden Vorbereitung nicht das Ziel erreicht hat, das seine Drahtzieher erwarteten. Aber die Lage bleibt darum doch nicht minder ernst. Das Gefährliche vom Schlage eines Dordens, eines Smeets, eines Spiritusführers Deders und eines Amtsgerichtsrates Lewing hat seinen Niederschlag in der rheinischen Bevölkerung und diese Verbrecher werden niemals im Stande sein, am Rhein einen Staat zu schaffen. Die rheinische Bevölkerung ist reichster und will bei dem Reiche bleiben. Es hat sich über bereits seit langem ein Gefühl des Verlassenseins bemächtigt und manche Regierungsmaßnahmen, namentlich der letzten Zeit, haben dieses niederdrückende Gefühl noch vermehrt. Die Berliner Politik ist seit Jahren nicht geeignet, die Reichsregierung zu erziehen und der ehemalige Reichsminister in der Souveränität des Reiches ist nicht ohne schmerzliche Rückwirkung auf das Gebiet geblieben.

Als der Widerstand an der Ruhr aufkam, wurde auch am Rhein der nationale Wille und die nationale Hoffnung gestärkt. Als der Widerstand dann abgebrochen wurde, wurde das Gefühl der Hoffnungslosigkeit am Rhein in stärkerer Weise als an der Ruhr, da das Rheinland durch die längere Belagerung und vielleicht auch durch die Naturanlage seiner Bewohner leichter weniger widerstandsfähiger, als Westfalen ist. Die Hauptverräter am Rhein werden gewiß keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Aber die Belagungsmaßnahme, die sich dieser Hauptverräter bedienen, werden darum doch nicht ihre Ziele aufgeben und sie werden ihre verbrecherischen Bemühungen fortsetzen. Die Welt sieht es und schweigt dazu. England, das wiederholt erklärt hat, daß es durch eine Verringerung der staatspolitischen Lage am Rhein unmittelbar berührt werde, bleibt auch diesen Vorgängen gegenüber in einer abwartenden Haltung und erklärt nur mit halber Drohung, daß es durch ein Vordringen der Separatisten in das Kölner Gebiet „zu sehr wichtigen Entschlüssen“ veranlaßt werden könnte.

An der deutschen Regierung ist es, zu handeln. Hier macht es die Ruhe nicht! Da für die Sünde gebunden sind, ist es allerdings schwerer zu sagen, welche positiven Schritte sie ergreifen kann. Die lokalen Behörden tun ihre Pflicht und gehen gegen die Separatisten vor, unbeeinträchtigt darum, ob sie den bewaffneten Kämpfen auch wirklich gewachsen sind. Ein Vorkommen mit den Sonderbündlern ist für keine Schande möglich. Die Regierung muß sofort den Wankfuß des Reiches über die Verbrecher ausprägen. Sie muß zugleich vor dem europäischen Welt den Anteil, ja die Verantwortung Frankreichs und Belgiens an diesem Verbrechen feststellen, ohne Rücksicht darauf, ob dann Herr Voicard seinen unehelichen Ton Herrn Hoelsch gegenüber noch verliert oder nicht. Söchte die Pflicht der Regierung aber ist es, den kämpfenden Brüdern am Rhein darüber hinaus weitestgehende moralische Unterstützung angedeihen zu lassen. Ist die Regierung in diesem Augenblick dazu in der Lage? Sie kann es nur dadurch, daß sie die gegenwärtige Lage meistert, endlich dazu übergeht, nach außen und nach innen entschlossene Politik zu treiben und der Welt zeigt, daß das Deutsche Reich, wenn es in noch so schweren Kämpfen begriffen ist, sich doch aus sich selbst erhält und erhalten will.

Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird uns mitgeteilt: Die Entscheidung der Verhältnisse in Bayern und der Wächener Sandbühnen haben die ohnehin schon schwierige Situation im Ruhrgebiet bis zum äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Einmütigkeit betont,

Die Aktion der rheinischen Sonderbündler.

Die Wächener Polizeibehörden haben der Belagungsbehörde mitgeteilt, daß sie den durch die Separatisten geschaffenen Zustand nicht anerkennt können und daß sie mit der verfassungstreuen Bevölkerung verhandeln würden. Die Separatisten aus den besetzten Gebäuden wieder herauszuwerfen. Es wird angenommen, daß dieser Versuch heute im Laufe des Tages gemacht wird, obwohl man sich keinen großen praktischen Erfolg verspricht, da die Wächener Polizei nur 187 Mann stark ist und sich durch die wochenlange Alarmbereitschaft in ziemlich erschöpftem Zustande befindet. Jedemfalls würde dieser Versuch Mißerfolg darbieten, falls, ob die besetzten Belagungsstruppen gemäß sind, für die Separatisten einzutreten, und es könnte vor aller Welt festgestellt werden, daß der Separatistenwut mit Wissen und Willen der Belagungsbehörde eingeleitet wurde. In Wachen selbst war man seit Tagen auf einen Aufbruch vorbereitet, da die Belgier mit Ausweichungen ganz rigoros vorgehen und die Wächener Bevölkerung ihrer tatkräftigsten Führer beraubten.

Die Lage in Wachen.

Wachen, 22. Okt. Hier ist die Lage heute nachmittag noch ziemlich ungelöst. Regierungsgebäude, Rathaus, Reichspost, Reichsbank und Landratsamt sind besetzt, die Sonderbündler-Flagge weht auf ihnen, dagegen ist das Polizeigebäude noch unbesetzt. Im Laufe des Vormittags fanden Besprechungen beim Reichsbelegierten und Bezirksbelegierten, zwischen Polizei und Belagung, sowie zwischen Sonderbündlern und Belagung über die Frage der Ausübung der Polizeigewalt statt. Die Polizei hat, wie es heißt, Abordnungen nach Berlin entsandt. Wie jetzt bekannt wird, ist bisher ein Opfer des Aufstiegs zu verzeichnen. Der Nachsichtsförder des Rosen-Bades, Willi Köpfer, der am Sonntagmorgen einem Hausdurchsuchung die Weisung gab, einen Maueranschlag der Sonderbündler zu entfernen, geriet darüber mit einem vorbeimarschierenden Sonderbündler in einen kurzen Wortwechsel, bei dem der Letztere ihn in den Mund schob.

In Trier

haben Montag vormittag kurz nach 11 Uhr Separatisten versucht, die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Die getroffenen Vorkehrungen verhinderten aber ein Eindringen der Sonderbündler. Wie die „Rheinische Volkzeitung“ aus Trier meldet, haben die Sonderbündler mehrere politische Führer und Stadtverordnete, darunter den Prälaten Professor Dr. Kaas, den sozialdemokratischen Abgeordneten Nele und die Stadtverordneten Brandenburg und Kautenstaub verhaftet und verhaftet, wie es heißt in der Richtung nach Duisburg. Im Laufe des Vormittags verlangte eine Schar Sonderbündler von der Stadt die Zugestellung zweier Abgeordneter und eine ständige Kontrolle der Verwaltungsorgane, ferner die Einstellung ihres Führers Mahen als Polizeidirektor. Die Forderungen wurden abgelehnt.

daß das Zusammentreffen der Ereignisse in Wachen und Trier der schwerste Schlag war, der das besetzte Gebiet in diesen entscheidenden Stunden hat treffen können. Die Auffassung weite Kreise geht dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise die weitere Entwicklung der inneren deutschen Verhältnisse abwarten wollen. Der Wächener Handbühnen wiederum wird mit der Aufhebung der Lage im Reich in direkte Verbindung gebracht. Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß die Auswirkungen der Lage das Ruhrgebiet am schwersten belasten.

Wenn auch die separatistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Wochen sich gesteigert hat, so besteht doch zu besonderen Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Dagegen Kreise des Auslands die hinter die politischen Sonderbündler stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, um auch die Abtrennung des Ruhrgebietes politisch durchzuführen. Der Ausgang der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirektem Wege die nation-

Der Beigeordnete Nele wurde mit den oben genannten Persönlichkeiten in dem bischöflichen Amt, das im Kloster der barmherzigen Brüder stand, und von den Separatisten herausgeholt wurde, abtransportiert.

Die Sonderbündler, vorwiegend junge Leute, durchstreifen die Stadt und beschlagnahmen unter Drohungen mit Revolvern Kraftwagen. Heute abend 7 Uhr hat eine kleine Schar Separatisten das Reichsvermögensamt besetzt und die Beamten daraus vertrieben.

Eindringen in Düren und Mainz.

Düren, 22. Okt. Heute nachmittag wurde auf dem hiesigen Rathaus von den Sonderbündlern die rot-weiß-grüne Fahne gehißt. Bürgermeister, Landratsamt, Post und sämtliche Banken wurden besetzt. In der Stadt ist alles ruhig.

Paris, 22. Okt. Die Agentur Havas verbreitet folgende Meldung aus Mainz: Separatisten drangen um 4 Uhr 30 Min. in die Stadt ein. Sie wurden mit Schüssen empfangen und zogen sich zurück, um weitere Befehle abzuwarten.

Weiteres Vorgehen der Separatisten.

Erfeld, 22. Okt. Heute morgen wurde auf dem hiesigen Landratsamt sowie auf dem Bürgermeisteramt die Fahne der sogenannten rheinischen Republik durch eine etwa 15 bis 20 Mann starke bewaffnete Sonderbündlerische Gruppe gehißt. Beide Verwaltungen stehen unter Sonderbündlerischer Bewachung. In Neuk ist alles ruhig, ebenso in Engelskirchen.

Stalberg, 22. Okt. In Bilsdorf bei Stalberg sind Polizei und Bürgermeisteramt durch Sonderbündler in Verwahrung genommen worden.

Magden, 22. Okt. In den Straßen fanden Zusammenkünfte statt, an denen sich aber meist nur Arbeitslose beteiligten. Die Menge zog vor das Haus des Wächener Führers, der darauf in einem Wagen die rheinische Republik proklamierte, wobei er betonte, daß für Lebensmittel ausgiebig gefordert sei, und man mit den bestehenden Behörden zusammenarbeiten gedenke. Den öffentlichen Gebäuden wurden Sonderbündler zur Aufsicht beigegeben.

München-Gladbach, 22. Okt. Auch hier wurde an dem Rathaus von den Sonderbündlern die rot-weiß-grüne Fahne gehißt. Gemeindefraktionssekretär Schindler wurde von ihnen zum Bürgermeister bestimmt. Den beiden hiesigen Zeitungen wurde heute das Erscheinen untersagt.

Von München-Gladbach zogen die Stoktrupps der Separatisten nach Trieren weiter, wo nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr die rheinische Republik ausgerufen wurde. Von hier aus ging der Zug nach Arefeld.

Köln, 22. Okt. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben in der vergangenen Nacht in Rhein und Arefeld große Menschenansammlungen stattgefunden mit dem Verlaufe, die rheinische Republik auszurufen. In Koblenz finden Verhandlungen zwischen der

Masse und dem Oberbürgermeister wegen der Ausrichtung der rheinischen Republik statt. Der Oberbürgermeister hat erklärt, daß er nur eine deutsche Regierung anerkennen könne und nur der Gewalt weichen werde.

Koblenz, 22. Okt. Heute vormittag fand eine Zusammenkunft von Separatisten vor dem Polizeipräsidium statt. Die etwa hundert Mann zogen vor das Rathaus. Die sich einfindenden Reuigeren wurden von der Polizei und französischen Kavalleriepatrouillen verdrängt, dabei wurden nach den bisherigen Feststellungen drei Personen verwundet, die aber nicht zu den Separatisten gehören. Einer der Separatisten, der auf einen Teufel geschossen hatte, wurde von der Menge verprügelt. Das von der deutschen Polizei abgegriffene Rathaus ist in den Händen der deutschen Behörden.

Paris, 22. Okt. Savas berichtet aus Düsseldorf: Der separatistische Führer Matthes hat sich auf die Nachricht vom Wächener Handbühnen nach Düsseldorf und von dort nach Düren begeben. Er hat sein Büro dort eingerichtet und soll die Leitung der Bewegung übernehmen haben in der Absicht, sie auf die gesamten Rheinlande auszudehnen.

Paris, 22. Okt. Nach einer von „Temps“ veröffentlichten Meldung aus Düsseldorf sollen in Wanne geftern vormittag beim Schluß einer separatistischen Versammlung zwei Sonderbündler bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten durch Revolverschläge getötet worden sein. Mehrere Kommunisten seien verletzt worden, darunter ein seine ziemlich schwer.

Auf Sonderbündler darf nicht geschossen werden.

Köln, 22. Okt. Der französische Oberbelegierte in Bonn hat heute nachmittag um 4 Uhr der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß ein Verbot-Befehl ergangen sei, wonach auf Sonderbündler nicht geschossen werden dürfe. Die französische Gendarmerie werde die Vorgänge in Bonn beobachten und feststellen, von wem bei etwaigen Zusammenstößen zuerst geschossen werde. Von französischer Seite wurde dabei betont, daß die Sonderbündler unbewaffnet auftreten. (!) Französisches Militär lege zum sofortigen Eingreifen bereit. Nach sicheren Informationen beabsichtigen die Sonderbündler, die ihre Truppen sammeln und bewaffnen, sich heute nacht gewaltsam der öffentlichen Gebäude in Bonn zu bemächtigen. Infolge des französischen Schießverbots sind die deutschen Behörden nachlos.

London, 22. Okt. Einer Kettenermeldung aus London zufolge in Kennington erklärte Lord George zu der Ausrichtung der rheinischen Republik in Wachen, es bestche kein Zweifel, daß französisches Geld hinter der Bewegung stehe, und fügte hinzu, er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die französische Invasion des Ruhrgebietes in erster Linie den Zweck verfolgte, die Auflösung des Deutschen Reiches zu erzwingen.

Das Reichskabinett

hat sich in seiner gestrigen Sitzung im wesentlichen nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt, hat aber in der bayerischen Frage keinerlei Entscheidung gefaßt. So wie in Bayern, scheint sich auch in Sachsen eine Entspannung vorzubereiten. In Sachsen ist es beim Einmarsch der Reichswehr zwar zu kleineren Reibereien gekommen, wo die kommunikativen Betriebszentrale durch einen beiderseitigen Aufruf den Widerstand gegen die militärische Belagerung forderte. Sogar ein zentralisierter Widerstand hat sich jedoch in keiner Weise bemerkbar gemacht.

Die Abtrennung des Ruhrgebietes durchzuführen versuchen.

Der neue Reichsernährungsminister

Die Ernennung des bisherigen deutschnationalen Reichsstaatsangehörigen Graf Raunig zum Reichsernährungsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist beschlossene Sache. Graf Raunig hat seinen Austritt aus der Deutschen Nationalen Volkspartei vollzogen. Grund seines Ausscheidens soll eine Meinungsverschiedenheit wegen der Haltung der betreffenden Reichstagsfraktion in der letzten Kabinettsitzung sein. Gegenüber gegen das Reichskabinett (Ernährungsgeheim) dürfte ihm bei der gegenwärtigen schwierigen Lage des Reiches nicht ratam.

Graf Raunig ist als gründlicher Kenner der Landwirtschaft anzupreisen, wenn er auch nur selten in den betreffenden Parlamentsdebatten herportet. Er zählt zu den größten Grundbesitzern Ostpreußens, und es ist nicht zu bezweifeln, daß seine ministerielle Mitarbeit dem Kabinett Stroheman eine wertvolle Stütze sein und dem Experiment mit der Rentenmark,